

Sarah Albiez-Wieck: *Taxing Difference in Peru and New Spain (16th–19th Century): Negotiating Social Differences and Belonging (=European Expansion and Indigenous Response, Bd. 40)*, Leiden/Boston: Brill, 2022, 382 S.

Rezensiert von
Martin Biersack, Tübingen

Mit der Differenzierung der Bevölkerung in supranationalen imperialen Strukturen widmet sich die Monographie von Sarah Albiez-Wieck einer der zentralen Fragestellungen der Imperienforschung. Das koloniale Hispanoamerika ist hier von besonderem Interesse, da die spanische Verwaltung von Beginn der Kolonisierung an zwischen den europastämmigen Spaniern und den amerikanischen Indigenen unterschied und letztere tributpflichtig machte. Diese Zweiteilung wurde im Laufe der Zeit immer weiter ausdifferenziert, um auch Menschen afrikanischer Herkunft und Mischformen zu erfassen. So entstanden die sogenannten *castas* mit Kategorien wie *mestizo* und *mulato* und einer Vielzahl weiterer Unterkategorien.

Anhand der Tributpflicht kann Sarah Albiez-Wieck zeigen, dass die formale Zweiteilung der kolonialen Gesellschaft in Spanier und Indigene bzw. die Ausdifferenzierung im System der *castas* die Vielschichtigkeit und Ambiguität der Zugehörigkeiten nur unzureichend beschreibt. Die Analyse fiskalischer Kategorisierungsprozesse verdeutlicht vielmehr die unklaren

Grenzziehungen, die zwischen den ethnischen Kategorien bestanden, und die Bedeutung, die neben der ethnischen auch der lokalen Zugehörigkeit zukam.

Bei der hier besprochenen Monographie handelt es sich um die für die Publikation überarbeitete, 2020 an der Universität zu Köln vorgelegte Habilitationsschrift der Autorin. Die Untersuchung fußt auf der Auswertung umfangreicher Quellenbestände zu Petitionen, Rechtsverfahren, Tributlisten oder der Steuergesetzgebung aus Archiven in Spanien, Peru und Mexiko. Als Methode wählt Sarah Albiez-Wieck den Vergleich zwischen zwei Regionen des spanischen Imperiums, Cajamarca im Vizekönigreich Peru und Michoacán im Vizekönigreich Neuspanien (Mexiko). Dieser Vergleich ermöglicht es ihr, einerseits Entwicklungslinien fiskalischer Kategorisierungsprozesse zu rekonstruieren, die jenseits regionaler Besonderheiten allgemeine Gültigkeit in der kolonialen Herrschaft hatten. Andererseits kann sie so nachweisen, wie Vorgaben auf imperialer Ebene lokal und regional angepasst und verändert wurden. In Peru war beispielsweise die lokale Zugehörigkeit stärker an die Abstammung gebunden als in Neuspanien. Aus diesem Grund hatte in Peru die Kategorie des *indio forastero* zentrale Bedeutung, mit der die Nichtzugehörigkeit einer Person zu ihrem Wohnort ausgedrückt wurde. Dagegen ist diese Kategorie in Neuspanien, wo es leichter war, lokale Zugehörigkeit zu erlangen und den Status des „Fremden“ abzulegen, nicht nachweisbar.

Die Untersuchungszeit greift in zweifacher Hinsicht über die eigentliche Kolonialzeit hinaus, denn die Autorin nimmt sowohl die präkolumbianischen Tributgesetze als auch deren Fortbestehen in den frühen Na-

tionalstaaten in den Blick. Erst durch den Blick der *longue durée* wird deutlich, wie sich Vorstellungen der Zugehörigkeit wandelten. So weist Sarah Albiez-Wieck nach, wie das aus präkolumbianischer Zeit stammende Konzept des „Personenverbands“, bei dem Zugehörigkeit durch Abstammung definiert war, in der späten Kolonialzeit zunehmend durch das Konzept des „Territorialverbands“ ersetzt wurde, bei dem der tatsächliche Wohnort ausschlaggebend dafür war, welcher Gemeinschaft eine Person zugehörig war.

Die Studie beginnt mit einem Kapitel, das den zeitlichen und räumlichen Kontext der beiden Regionen vergleichend gegenüberstellt. Hilfreich sind hierbei auch die beige-fügten Karten. Danach folgt ein Kapitel zur spanischen Steuergesetzgebung vom 16. Jh. bis zum Ende der Kolonialzeit. Daran schließt sich in den Kapiteln drei bis sechs das Kernstück der Untersuchung an, das im Kontrast zur kolonialen Herrschaftsausübung von oben in den Blick nimmt, wie fiskalische und ethnische Kategorien lokal implementiert, ausgehandelt und angepasst wurden. Dazu untersucht Sarah Albiez-Wieck eine Vielzahl von Petitionen, mit denen Personen ihre Zugehörigkeit ändern wollten. Das zentrale Argument, auf das alle Petitionen verwiesen, war das der Abstammung, wohingegen kulturelle Marker und das physische Erscheinungsbild kaum Erwähnung fanden.

In der Analyse der Petitionen unterscheidet die Autorin zwischen zwei unterschiedlichen Personengruppen: Zum einen Personen gemischter Abstammung, die einer anderen *calidad* (der auch von Sarah Albiez-Wieck verwendete Quellenbegriff zur Bezeichnung ethnischer Zugehörigkeit) zugerechnet werden wollten, beispielsweise

die Anerkennung, als *español* oder *mestizo* zu gelten und nicht als *indio* oder *mulato*, denn vor allem Letzteres war stark diskriminatorisch belegt. Zum anderen „Migranten“. Sarah Albiez-Wieck setzt den Begriff bewusst in Anführungszeichen, denn viele der Bittsteller waren nicht selbst migriert, sondern galten nur aufgrund ihrer Abstammung am Ort ihrer Geburt als solche. Bei den „Migranten“ stand in Frage, ob sie am Ort ihrer Herkunft bzw. dem ihrer Vorfahren oder aber am Ort ihres tatsächlichen Wohnsitzes tributpflichtig waren und ob sie folglich als Fremde (*forasteros*) oder als Einheimische zu gelten hatten.

Die Untersuchung der Aushandlungsprozesse zeigt letztlich die effektive Justiznutzung durch Indigene, die die ihnen vom spanischen Rechtssystem zugestandenen Rechtsmittel einsetzten, um einen für sie vorteilhaften Status zu erlangen. So wird deutlich, wie „Migranten“ die Ambiguität translokaler Zugehörigkeit instrumentalisieren, um die für sie günstigste fiskalische Kategorisierung zu erreichen und mitunter zwischen den Kategorien zu changieren. Indem sie den Handlungsspielraum und Protagonismus der kolonialen Subjekte ausleuchtet, liefert Sarah Albiez-Wieck ein eindrucksvolles Beispiel für eine postkoloniale Perspektive auf die imperiale Herrschaft.

Besonders interessant sind auch die im sechsten und letzten Kapitel aufgezeigten Kontinuitäten in republikanischer Zeit, denn trotz formaler Abschaffung des Tributs blieb dieser in Peru als Kopfsteuer, die die indigene Bevölkerung zu entrichten hatte, bis in die Mitte des 19. Jh.s bestehen. Auch die rechtliche und ökonomische Diskriminierung der Indigenen bestand in Peru und Mexiko fort. In Mexiko brachte die Unabhängigkeit zumindest formale

Gleichberechtigung und das offizielle Verbot, ethnische Kategorien anzuwenden.

Insgesamt stellt die Monographie von Sarah Albiez-Wieck einen hervorragenden Beitrag zur Differenzierungsgeschichte dar, der in seinen Erkenntnissen über das Feld der lateinamerikanischen Geschichte hinausweist und allgemein darlegt, wie durch Besteuerung eine Gesellschaft strukturiert und soziale Ungleichheit sowie Diskriminierung erzeugt wird. Da anhand fiskalischer Kategorisierungsprozesse die Grenze zwischen Indigenen und Spaniern gezogen wurde, lässt die Studie auch Schlussfolgerungen zur Bedeutung ethno-rassistischer Kategorien bei der Bestimmung von Zugehörigkeit zu. Während Sarah Albiez-Wieck in Bezug auf das 15. und 16. Jh. von einem Protorassismus spricht, beobachtet sie seit der Mitte des 18. Jh.s die Zunahme einer „rassisch“ begründeten Differenzierung (*racialisation*). Dies äußerte sich unter anderem durch die wachsende Bedeutung, die der „Reinheit des Blutes“ und dem physischen Erscheinungsbild einer Person zukam, um eine beanspruchte Zugehörigkeit nachzuweisen. Die Beobachtung von Sarah Albiez-Wieck könnte in Zusammenhang mit dem Misstrauen der kolonialen Behörden gegenüber dem Instrument der Zeugenaussage stehen, mit denen es Bittstellern, die über entsprechendes soziales Kapital verfügten, normalerweise gelang, die von ihnen behauptete Zugehörigkeit und Abstammung nachzuweisen. Stattdessen waren die Behörden seit dem 18. Jh. bestrebt, „objektive“ Kriterien hinzuzuziehen, die orts- und personenunabhängig „gelesen“ werden konnten wie beispielsweise die physische Beschreibung einer Person, Pässe, Taufscheine, Stammbäume oder der Eintrag in Bevölkerungsregister.

Marcia C. Schenck: Remembering African Labor Migration to the Second World: Socialist Mobilities between Angola, Mozambique, and East Germany (Palgrave Macmillan Transnational History Series), Cham: Palgrave Macmillan, 2023, 377 pp.

Rezensiert von
Johannes Schütz, Dresden

Die Geschichte der Migration nach Deutschland erfährt mit den politischen Diskussionen der letzten Jahre und Jahrzehnte nun auch die notwendige Aufmerksamkeit verschiedener Wissenschaftsdisziplinen. Dabei nimmt die historische Forschung die Migrationsbewegungen in beide deutsche Staaten in den Blick. Wichtige Arbeiten sind dazu unter anderem von Maria Alexopoulou, Jochen Oltmer oder jüngst von Stephanie Zloch vorgelegt worden. Die meisten monographischen Arbeiten legen dabei ihren Untersuchungsschwerpunkt auf die Bundesrepublik und untersuchen die Deutsche Demokratische Republik zwar vergleichend, aber keinesfalls mit derselben Intensität. Jedoch sind bereits vielfach Einzelstudien zur DDR in Aufsatzform erschienen. Marcia C. Schenck stößt mit ihrem Werk nun in diese Lücke und untersucht die Arbeitsmigration von Angolanerinnen und Mozambiquanern in die DDR – und zurück.

Diese Geschichte schreibt Schenck anhand einer klaren Zeitachse und einer eindeutigen Zweiteilung. Sie nimmt zuerst die Migration der später sogenannten „Ver-